



Niederschrift

Sozialausschuss

20. Wahlperiode – 90. Sitzung

am Mittwoch, dem 23. Juli 2025, 13:00 Uhr,
im Anschluss an die Vormittagssitzung des Plenums, nicht vor 13:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Katja Rathje-Hoffmann (CDU), Vorsitzende
Hauke Hansen (CDU)
Dagmar Hildebrand (CDU)
Werner Kalinka (CDU)
Andrea Tschacher (CDU)
Jasper Balke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Catharina Nies (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Birte Pauls (SPD)
Sophia Schiebe (SPD)
Dr. Heiner Garg (FDP)
Christian Dirschauer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Beate Nielsen (CDU)
Anna Langsch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht der Landesregierung zur Überarbeitung des PsychHG mit Zeitplan und den Zielen der Überarbeitung	5
	5
2. Fachkräftemangel in der medizinischen Versorgung im Justizvollzug bekämpfen – Laufbahnzweig Justizkrankenpflegedienst einrichten	9
	Drucksache 20/32919
3. Bericht zur Umsetzung des novellierten Kindertagesförderungsgesetzes (KiTaG) und zu den Ergebnissen der KiTaG-Dialogveranstaltungen	10
	10
4. Schleswig-Holsteinische Erfahrungswerte der COVID-19-Pandemie aktiv in die Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Corona-Pandemie und Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse“ des Bundestages einbringen	11
	11
5. Barrierefreien Tourismus in Schleswig-Holstein stärken	12
	Antrag 12
	12
6. Erfolgreiche Arbeit der Frauenfacheinrichtungen unterstützen	13
	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	13
7. Schwangerschaftsabbrüche im Raum Flensburg	14
	14
	14
8. „Leid und Unrecht“ anerkennen und entschädigen – Bundesratsinitiative zur Einführung einer bundesweiten monatlichen Ausgleichszahlung	15
	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	15

9. Tätigkeitsbericht 2023 und 2024 der Antidiskriminierungsstelle des Landes Schleswig-Holstein bei der Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages¹⁶

16

10. Information/Kenntnisnahme¹⁷

11. Verschiedenes¹⁸

Die Vorsitzende, Abgeordnete Rathje-Hoffmann, eröffnet die Sitzung um 13:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung mit der Maßgabe gebilligt, die Tagesordnungspunkte 2, 3, 4, 5, 6 und 8 von der Tagesordnung abzusetzen und die dazu zu beratenden Verfahrensfragen zu einem späteren Termin erneut auf die Tagesordnung zu nehmen. Zu Tagesordnungspunkt 7 kommt der Ausschuss überein, sich am Rande der Plenartagung im Juli über ein Verfahren zu verständigen.

1. Bericht der Landesregierung zur Überarbeitung des PsychHG mit Zeitplan und den Zielen der Überarbeitung

Antrag der Abgeordneten Birte Pauls (SPD)
[Umdruck 20/4912](#)

Abgeordnete Pauls begründet kurz ihren Berichtsantrag und verweist auf die Unruhe im Zusammenhang mit einer Ankündigung der schleswig-holsteinischen Gesundheitsministerin, das PsychHG zu ändern, die unter anderem Resultat des Vorfalls im Mai 2025 am Hamburger Hauptbahnhof sei.

Herr Dr. Tauras, Staatssekretär im Gesundheitsministerium, trägt die Schwerpunkte seines Sprechzettels vor, den er dem Ausschuss auf Bitten von Abgeordneter Pauls im Nachgang der Sitzung zur Verfügung stellt ([Umdruck 20/5062](#)). Im Kern der Anpassungen des PsychHG liege, den Informationsfluss zwischen Behörden und Institutionen zu verbessern, wenn Menschen, die eine erhebliche Gefahr für andere darstellten, aus der Psychiatrie entlassen würden. Darüber hinaus solle der Präventionsgedanke weiter gestärkt werden. Derzeit tausche man sich auf der Fachebene der beteiligten Ressorts und mit weiteren beteiligten Akteuren aus.

Abgeordnete Pauls spricht die ärztliche Schweigepflicht an. – Staatssekretär Dr. Tauras räumt ein, dass es ein erheblicher Eingriff in die Freiheitsrechte sei, entsprechende Informationen weiterzugeben. Deshalb wolle man sich ausreichend Zeit für die Beantwortung noch offener Fragen nehmen, auch in der länderübergreifenden Abstimmung. In bestimmten Fällen sei eine Informationsweitergabe aber aus Sicht der Landesregierung angemessen und geboten. Die Schwierigkeit sei, das im Einzelfall abzuwägen. Wichtig sei eine gute Definition. Sonst bestünden die Gefahr der Stigmatisierung einerseits und eine Überflutung von Behörden mit Informationen, die nicht zu bearbeiten seien. Zur Zeitschiene – eine weitere Frage der Abgeordneten Pauls – könne er noch keine konkreten Aussagen machen.

Abgeordneter Kürschner geht auf die große Heterogenität bei den Sozialpsychiatrischen Diensten ein, die er bei der Versorgung, Begleitung und Nachsorge von psychiatrischen Patienten wahrnehme. Dort gebe es seiner Ansicht nach auch Nachbesserungsbedarf. Eine weitere Frage stellt er zur ärztlichen Behandlung von Patienten in Obhut, die aufgrund derzeit geltender Regelungen unterbleibe, obwohl zum Beispiel eine medikamentöse Intervention geboten sei.

Staatssekretär Dr. Tauras weist auf den Unterschied zwischen Unterbringung nach dem PsychHG und dem Maßregelvollzug hin, die klar zu unterscheiden seien. Im Maßregelvollzug würden straffällig gewordene Menschen untergebracht, für die andere Maßstäbe gälten. Dort gehe es auch um ärztliche Zwangsmaßnahmen. Diese seien auch zum Wohle der Betroffenen, denn ohne eine entsprechende Therapie drohe oft eine Chronifizierung der Erkrankung.

Herr Dr. Oldenburg, Gesundheitsministerium, ergänzt zur Frage des Abgeordneten Kürschner zur Arbeit der Sozialpsychiatrischen Dienste, dass man mit der kommunalen Ebene im Austausch sei, wie man entsprechende Regelungen vor Ort umsetzen könne. Die beteiligten Akteure könnten die ihnen bekannten Personen recht gut einschränken, es gehe aber um eindeutige Kriterien. Nun müssten die Sozialpsychiatrischen Dienste in die Lage versetzt werden, die entsprechenden Personen auch an die Hand zu nehmen.

Von Abgeordneten Dr. Garg auf Beschlüsse der Gesundheitsministerkonferenz angesprochen legt Staatssekretär Dr. Tauras dar, dass man Gespräche auf Landesebene mit den dort relevanten Akteuren führe, die Gesetzgebungskompetenz für viele aus Sicht des Landes sinnvolle Regelungen liege aber auf Bundesebene.

Abgeordneter Balke gibt seinen Eindruck wieder, dass viele Menschen Sorge hätten, dass jetzt Register oder Listen von Menschen mit psychischen Erkrankungen erstellt werden könnten. Er unterstreicht, dass das auf keinen Fall das Ziel der Gesetzesanpassung sein dürfe. Gleichzeitig betont er, dass Straf- und Gewalttaten nur zu einem sehr geringen Teil von Menschen mit psychischen Störungen verübt würden. Verallgemeinerungen verböten sich. Es stelle sich die Frage, ob, um die Situation zu verbessern, tatsächlich Änderungen auf gesetzlicher Ebene erforderlich seien oder ob untergesetzliche Maßnahmen nicht ausreichend sein könnten, zum Beispiel eine genaue Betrachtung der Frage, ob möglicherweise ein Vollzugsdefizit zu konstatieren sei. Gegebenenfalls könnten im Gesetz Fristen festgelegt

werden, die bisher nicht bestünden, zumal die Dauer zum Beispiel der Erstellung von Gutachten führe häufig in der Praxis zu großen Problemen. Zugleich habe dies auch Auswirkungen auf die Motivation der Beschäftigten und könne eine Ursache für den Fachkräftemangel sein.

Abgeordneten Dirschauer interessiert, welche Rückmeldungen die Landesregierung aus den Anliegenvertretungen, den Besuchskommissionen, erreichten und ob es gelinge, auch Vertreter der Angehörigen für die Besuchskommissionen zu gewinnen. Er spricht das Forschungsprojekt der FH-Kiel zu Besuchskommissionen an, er möchte wissen, ob es in diesem Kontext schon Erkenntnisse gebe.

Herr Dr. Oldenburg kündigt schriftliche Ausführungen zur Studie der FH-Kiel an. Wie gut die Besuchskommissionen besetzt seien und welche Rückmeldungen es daraus gebe, sei sehr unterschiedlich. Das Anliegen der Landesregierung sei in jedem Fall, Vertreter der Patienten und der Angehörigen in die Arbeit der Besuchskommissionen einzubeziehen.

Abgeordnete Hildebrand unterstreicht die Bedeutung der Sicherheit für die Bevölkerung. Zu dem Register betont sie, dass für die Kommunen wichtig sei zu wissen, wer wann aus einem geschlossenen System entlassen werde und welche Art der Betreuung benötige. Betroffen mache sie, wenn Menschen, die eine entsprechende Unterstützung brauchten, alleingelassen würden. Hilfreich könne es daher sein, wenn Akteure vor Ort wüssten, mit wem man es zu tun habe. Ziel sollte aber sein, eine bundeseinheitliche Regelung auf den Weg zu bringen.

Abgeordnete Pauls weist auf die Diskrepanz zwischen den Aussagen von Abgeordneter Hildebrand und der Landesregierung hin. – Abgeordnete Hildebrand unterstreicht die Bedeutung der Information für alle Beteiligten. Es gehe nicht um eine Registrierung aller Menschen, eine Informationsweitergabe in bestimmten Fällen sei zudem im Interesse der Betroffenen.

Herr Dr. Oldenburg legt dar, dass die Aussagen der Kliniken seien, dass Besuchskommissionen allen ein wichtiges Anliegen seien und man sich darum bemühe, diese zu unterstützen. Zu den angesprochenen Mitteilungspflichten hebt er hervor, dass es hauptsächlich um die unmittelbare Phase gehe, in der es einem Menschen schlecht gehe, nicht um die Erstellung von langen Registern, in denen dauerhaft Daten gesammelt würden. Es gehe dann darum, alle mit dem Betroffenen in Interaktion Stehenden zu informieren, um in der Akutsituation

über den jeweiligen Stand der Dinge Bescheid zu wissen. Die entsprechenden Informationen müssten dann auch wieder zeitnah gelöscht werden.

Zu der Frage des Abgeordneten Kalinka zu akut fremdgefährdenden Personen erläutert Herr Dr. Oldenburg, dass dieser Umstand ein Grund für die Unterbringung gegen den Willen der betroffenen Person sei. Bei circa 50 bis 60 Personen in Schleswig-Holstein gehe man davon aus, dass diese eigen- und fremdgefährdend werden könnten, wenn sie ihre Medikamente nicht einnehmen. Für die Einstufung brauche es gute Kriterien.

Abgeordneter Hansen weist darauf hin, dass ein hundertprozentiger Schutz nicht möglich sei. Konsens sei, dass es psychisch kranken Menschen möglichst schnell und effizient besser gehe. Eine Risikoeinschätzung durch fachliche Expertise sei aus seiner Sicht sehr wichtig. Man müsse dabei im Blick haben, ob es auf kommunaler Ebene mit der Nachsorge und der Nachverfolgung funktioniere. Dabei sei die Zusammenarbeit der zuständigen Stellen wichtig. Das könne auch für die betroffenen Personen von Vorteil sein, wenn die Behörden aus der Kenntnis der Situation mit besonderer Sensibilität voringen.

Staatssekretär Dr. Tauras nimmt Bezug auf die Ausführungen von Abgeordneten Hansen, die er bestätigt: Es gehe darum, Sicherheit für die betroffenen Menschen selbst und die Gesellschaft zu gewährleisten. Die Novellierung des PsychHG diene auch einer Sicherstellung des Informationsflusses zwischen allen Akteuren in den Fällen, in denen dies nötig sei.

Herr Dr. Oldenburg weist auf die seit 2021 bestehende Arbeitsgruppe zur Entstigmatisierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen hin. Ein Arbeitsergebnis einer Untergruppe sei ein sogenannter Krisenpass gewesen, der genau für diese Einsatzsituation gedacht sei. Diesen könne man bei sich tragen und mit Informationen versehen, über die man selbst entscheide, zum Beispiel auch nur eine Handynummer, die die Behörden im Krisenfall kontaktieren könnten. Er bietet dem Ausschuss an, die entsprechenden Flyer zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

2. Fachkräftemangel in der medizinischen Versorgung im Justizvollzug bekämpfen – Laufbahnzweig Justizkrankenpflegedienst einrichten

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW

[Drucksache 20/3291](#) (neu)

(wird voraussichtlich im Juli-Plenum überwiesen)

– Verfahrensfragen –

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

**3. Bericht zur Umsetzung des novellierten Kindertagesförderungs-
gesetzes (KiTaG) und zu den Ergebnissen der KiTaG-
Dialogveranstaltungen**

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/3305](#)

(wird voraussichtlich im Juli-Plenum überwiesen)

– Verfahrensfragen –

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

4. Schleswig-Holsteinische Erfahrungswerte der COVID-19-Pandemie aktiv in die Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Corona-Pandemie und Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse“ des Bundestages einbringen

Antrag der Fraktion der FDP
[Drucksache 20/3402](#)

(wird voraussichtlich im Juli-Plenum überwiesen)

– Verfahrensfragen –

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

5. Barrierefreien Tourismus in Schleswig-Holstein stärken

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 20/3442](#)

(wird voraussichtlich im Juli-Plenum überwiesen)

– Verfahrensfragen –

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

6. Erfolgreiche Arbeit der Frauenfacheinrichtungen unterstützen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
SSW

[Drucksache 20/3450](#)

(wird voraussichtlich im Juli-Plenum überwiesen)

– Verfahrensfragen –

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

7. Schwangerschaftsabbrüche im Raum Flensburg

Antrag der Fraktion des SSW

[Drucksache 20/3454](#)

(überwiese am 23. Juli 2025)

– Verfahrensfragen –

Der Ausschuss kommt überein, dass sich die Fachsprecherinnen und Fachsprecher am Rande der Plenartagung auf das weitere Vorgehen verständigen.

8. „Leid und Unrecht“ anerkennen und entschädigen – Bundesratsinitiative zur Einführung einer bundesweiten monatlichen Ausgleichszahlung

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW

[Drucksache 20/3465](#)

(wird voraussichtlich im Juli-Plenum überwiesen)

– Verfahrensfragen –

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

**9. Tätigkeitsbericht 2023 und 2024 der Antidiskriminierungsstelle
des Landes Schleswig-Holstein bei der Präsidentin des Schles-
wig-Holsteinischen Landtages**

[Drucksache 20/3206](#)

(überwiesen am 25. Juli 2025)

– Verfahrensfragen –

Der Ausschuss beschließt im Wege der Selbstbefassung, den Tätigkeitsbericht 2023 und 2024 der Antidiskriminierungsstelle des Landes Schleswig-Holstein bei der Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages, [Drucksache 20/3206](#), in einer seiner nächsten Sitzungen mit der Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Landes zu beraten.

10. Information/Kenntnisnahme

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

11. Verschiedenes

Der Sozialausschuss verständigt sich darauf, die Liste der Benennungen für das Fachgespräch Landesfachstelle für Barrierefreiheit, Drucksache 20/3035, zu kürzen.

Er beschließt seine für die am 11. September 2025 anberaumte und zwischenzeitlich abgesagte Sitzung wieder in den Sitzungskalender aufzunehmen. – Abgeordneter Hansen regt an, im kommenden Jahr den Termin für den Obdachlosenempfang bei der Terminplanung zu berücksichtigen, um eine Teilnahme der Ausschussmitglieder zu ermöglichen.

Der Ausschuss nimmt nach einer kurzen Diskussion darüber hinaus den vom Sozialministerium vorgelegten Programmentwurf zur Veranstaltung „Leid und Unrecht“ am 9. Oktober 2025 zur Kenntnis.

Zu der Benennungsliste zum Thema Schwangerschaftsabbrüche kommt der Ausschuss überein, sich während der Plenartagung im Juli auf ein Verfahren zu verständigen.

Die Vorsitzende, Abgeordnete Rathje-Hoffmann, schließt die Sitzung um 14:16 Uhr.

gez. Katja Rathje-Hoffmann
Vorsitzende

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer